



REISEBERICHT

Mali: Auf der Suche nach politischer Konsolidierung, Versöhnung und Stabilität

Besuch in Paris und Mali - April 2013

Vom 16.04.2013 bis zum 19.04.2013 reiste Jürgen Trittin zusammen mit seiner Fraktionskollegin *Katja Keul* zu politischen Gesprächen nach Paris und Bamako.

Ziel der Reise war es, einen unmittelbaren Eindruck von der politischen Lage in Mali seit der französischen Militärintervention zu bekommen. Im Mittelpunkt stand ein Besuch bei den in Mali eingesetzten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, mit der Absicht sich über ihre Mission zu informieren.

Zusammenfassung und Fazit

Im Januar dieses Jahres bestand die ernsthafte Gefahr, dass militante islamistische Gruppen in Mali die Macht im ganzen Land übernehmen würden. Diese hatten bereits seit Januar 2012 die Menschen im Norden des Landes tyrannisiert. Die Bedrohung, die einer Mischung aus separatistischen Tuaregbewegungen, internationalem Al-Kaida-Terrorismus und schwerster internationaler organisierter Kriminalität entsprang, konnte durch die französische Militärintervention Operation *Serval* gebannt werden.

Nun steht ein langwieriger politischer Prozess an, der nur durch eine neu gewählte, vollständig demokratisch legitimierte Regierung zum Erfolg geführt werden kann, die den Versöhnungsprozess zur obersten Priorität erklärt. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, diesen Prozess zu unterstützen und die Entwicklungschancen des gesamten Landes zu verbessern, damit eine rasche Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebene ermöglicht wird. Hier sollte auch verstärkt über die Möglichkeiten von Budgethilfe nachgedacht werden.

Eine zentrale Rolle spielt auch der Ausbau von Transportwegen, damit eine bessere Versorgung und Anbindung der Städte des Nordens an den Rest des Landes gewährleistet werden kann.

Gleichzeitig muss die internationale Gemeinschaft den langfristigen und nachhaltigen Aufbau der Sicherheitskräfte unterstützen, die der Verant-

wortung einer zivilen und demokratischen Staatsführung unterstellt werden kann. Die drei militärischen Komponenten SERVAL, MINUSMA und EUTM bilden dafür offenbar eine gute Voraussetzung. Erfreulicherweise soll der Anteil von SERVAL rasch deutlich (auf 1.000 Soldaten) reduziert werden und nur noch als Notinstrument dienen.

Der Beschluss über eine Blauhelmission zur Sicherung des Friedens ist zu begrüßen. Allerdings werden auch in diesem Rahmen die Europäer gefordert sein, ihren Beitrag zu leisten, und die vorwiegend afrikanischen Truppensteller - insbesondere im Bereich Logistik - zu unterstützen. Die Ausbildungsmission wird lange dauern und sie muss sorgfältig erfolgen. Europa kann es sich nicht leisten, eine Truppe auszubilden und zu bewaffnen, die bei nächster Gelegenheit auseinanderbricht und sich untereinander bekämpft. Dementsprechend wird das derzeitige EUTM-Mandat über 15 Monate nicht ausreichen.

Die besonderen Herausforderungen liegen darin, die Rückkehr zur vollständigen verfassungsmäßigen Ordnung im Zuge von Wahlen herzustellen und die Sicherheit der staatlichen Ordnung dauerhaft zu gewährleisten. Durch die Führungsnation Frankreich, das Engagement weiterer EU-Länder und die EU-Ausbildungsmission trägt Europa selbst die Hauptverantwortung auf Seiten der internationalen Gemeinschaft.

Schließlich noch ein Eindruck zur Sicherheitslage in Bamako: Die Bewertungen der Gefahrenlage und die Sicherheitsmaßnahmen der Akteure vor Ort variierten auffallend deutlich. Die EU und auch Deutschland gehen von einer hohen Gefährdung aus. Familienangehörige mussten dementsprechend das Land verlassen. Mittelbar führte dies zu einem Rückgang der eingesetzten EntwicklungshelferInnen, die allerdings stark gebraucht werden. Im EUTM-Headquarter hingegen wird die Lage als eher ungefährlich eingeschätzt. Die langjährig in Mali lebenden Bundeswehrsoldaten wohnen in der Stadt und bewegen sich frei. Bisher lässt das Stadtbild insgesamt auf eine bunte, lebensfrohe und friedliche Gesellschaft schließen, die keine Angst vor Terroranschlägen hat. Das sollte so bleiben und die Sicherheitseinschätzungen abgestimmt werden.

Im Einzelnen

Politischer Prozess

Die Gespräche zeigten, für die anstehende politische Konsolidierung und die langfristige Stabilisierung Malis ist Folgendes von Bedeutung: 1) die Umsetzung notwendiger Reformen im Bereich Politik, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung sowie eine verstärkte Regionalisierung. Zentral hierfür sind die für Juli 2013 geplanten Präsidentschafts- und die für September 2013 geplanten Parlamentswahlen; 2) die Rückkehr der insgesamt ca. 430.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene in ihre Heimatorte im Norden des Landes und eine Eröffnung von Zukunftsperspektiven für die-

se Bevölkerungsteile sowie 3) die Aussöhnung und neues Vertrauen zwischen den Landesteilen und den Bevölkerungsgruppen.

1.1. Anstehende Präsidentschafts- und Parlamentswahlen

Die für den 07. und den 21. Juli 2013 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen bildeten den Dreh- und Angelpunkt der politischen Gespräche. Sowohl die französischen RegierungsvertreterInnen als auch die politische Klasse in Bamako waren sich einig, für den dauerhaften Frieden und die Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit bedarf es eine demokratisch legitimierte Regierung. Nur eine in freien und fairen Wahlen gewählte Regierung sei ausreichend legitimiert, um die notwendigen politischen Reformen auf den Weg zu bringen und den Versöhnungsprozess glaubhaft voranzutreiben. Dementsprechend müsse an der Durchführung der Wahlen, wie sie vom malischen Parlament im Januar 2013 im Rahmen der sogenannten *Feuille de Route* für die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung beschlossen, unbedingt festgehalten werden. Eine Verschiebung würde mit massiven Glaubwürdigkeitsproblemen einhergehen.

Darüber hinaus sprechen aber auch Gründe praktischer Natur für baldige Wahlen: so hat die internationale Gemeinschaft seit dem Putsch am 22. März 2012 die offizielle Entwicklungszusammenarbeit mit Mali größtenteils ausgesetzt und die finanzielle Unterstützung an den malischen Staat gestoppt. So auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, das die Durchführung freier und fairer Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zur Voraussetzung für die Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit gemacht hat. Der Anteil internationaler EZ im malischen Staatshaushalt ist beträchtlich, der malische Bundeshaushalt büßt ohne diese 30-40% ein. In der *Feuille de Route* wurde vereinbart, dass weder der Interimspräsident, der Premierminister, noch andere Mitglieder der Regierung als Kandidaten antreten dürfen.

Trotz der Hoffnungen, die mit den Wahlen verbunden sind, wurde auch deutlich, dass ihre tatsächliche Durchführung eine große Herausforderung darstellt. Unterschiedliche Stellen zweifelten daran, dass bis Juli alle technischen und logistischen Voraussetzungen, die faire und freie Wahlen bedingen, gegeben sind.

Ein wichtiger Indikator für den Erfolg der Wahlen wird die Beteiligung der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge sein. Allerdings ist noch unklar, ob die Sicherheitslage dies überhaupt zulässt. Neben der Sicherheitslage erweisen sich auch rein organisatorische Fragen als kompliziert. So müssen alle Wahlberechtigten auf Wählerlisten registriert und im Besitz einer Wählerkarte sein. Da die Flüchtlinge und Vertriebene allerdings im Norden registriert sind, werden ihnen wahrscheinlich keine Wählerkarten ausgehändigt. Auch die für die Regenzeit typischen Regengüsse können die Wahlbeteiligung erschweren, da bestimmte Ortschaften schlichtweg nicht mehr erreicht werden können.

Insofern ist die Entscheidung konsequent, zunächst im Juli die Präsidentschaftswahlen durchzuführen und dieser dann legitimen Regierung die Verantwortung zu übertragen, später im Jahr Parlamentswahlen zu organisieren. Aufgrund der Wählerregistrierung und der Kandidatennominierung in den Wahlkreisen ist der technische Aufwand für die ordentliche Durchführung von Parlamentswahlen sehr viel größer als für Präsidentschaftswahlen.

Während die politische Klasse in Mali sehr auf die Wahlen setzt, blieb unklar, welche Rolle die Wahlen letztendlich für die Bevölkerung einnimmt. So haben einige Gesprächspartner darauf hingewiesen, dass die politische Kultur insgesamt eher schwach ausgeprägt und die Wahlbeteiligung traditionell niedrig sei. Zudem seien die Malier ein sehr auf den Kompromiss und den Ausgleich bedachtes Volk. Eine starke Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition hätte wenig Tradition.

1.2. Situation der Flüchtlinge und Binnenvertriebene

Wie schnell das Land vollständig zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückkehren kann, wird maßgeblich von der Situation der rund 430.000 Binnenvertriebenen und Flüchtlingen abhängen und von der Frage, wann und unter welchen Umständen diese in ihre Heimatorte zurückkehren können.

Es hieß, dass erst ca. 10.000 zurückgekehrt seien, davon ca. 7.000 nach Gao und 3.000 nach Timbuktu. Der noch vor wenigen Wochen angenommene Rückkehrerstrom in die sogenannten befreiten Gebiete ist laut der Welthungerhilfe jedoch nicht erfolgt. Ein wichtiger Grund für die niedrige Rückkehrerquote sei die prekäre Sicherheitslage. Insbesondere außerhalb der Städte sei diese noch nicht stabil, auch wenn im Rahmen der Operation SERVAL ein Großteil der Städte in Nord-Mali zurückerobert und gesichert werden konnten.

Ein weiterer Grund, der die Rückkehr erschwert, ist der Zusammenbruch der staatlichen Strukturen. Die Wasser- und Elektrizitätsversorgung liegt darnieder, die Anbau- und Produktionsflächen der überwiegend bäuerlichen Bevölkerung sind zerstört und die Schulen und Gesundheitseinrichtungen geschlossen. Dass die Produktionsgrundlagen im Norden bis zur letztmöglichen Anbauperiode im Juni/Juli 2013 wieder hergestellt werden, ist nicht zu erwarten. Zudem drohen Ansprüche an Grund- und Anbauflächen verloren zu gehen, wenn sich die Rückkehr weiter verzögert. Gleichzeitig hat ein Großteil der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge an ihren Fluchtorten kein Zugang zu Anbauflächen. Dazu kommt ein wachsender ökonomischer Druck auf die aufnehmenden „Gastfamilien“ im Süden. All dies wird zur Folge haben, dass viele Menschen in diesem und im kommenden Jahr von Nahrungsmittelhilfe abhängig sein werden.

Laut dem Leiter der Vertretung der Vereinten Nationen in Mali seien im Norden des Landes nun folgende erste Schritte notwendig:

- 1) der Ausbau und die Wiederherstellung von Transportwegen sowie die Wiederaufnahme der Elektrizitäts- und Wasserversorgung;
- 2) die Wiedereröffnung der Schulen und
- 3) ein funktionierendes Bankensystem, denn dieses sei komplett in sich zusammengefallen. Bargeld müsse derzeit über Land transportiert werden, was ein weiteres Sicherheitsrisiko darstelle.

Darüber hinaus sei es wichtig, dass die Menschen wieder Vertrauen zueinander fassten. Die Angst vor einem Rückfall auf die Verhältnisse vor der französischen Intervention sei noch immer sehr groß. Ein wichtiger Schritt für die Vertrauensbildung sei die Rückkehr der Verwaltung. Denn solange die Vertreter des Staates sich nicht trauten zurückzukehren, sei dies kaum von der Bevölkerung zu erwarten.

Dass die Befriedung und die Wiederherstellung der Infrastruktur nicht von heute auf morgen umzusetzen ist, wurde durch die Gespräche schnell ersichtlich. Zu viele Gruppierungen scheinen von der unübersichtlichen Gesamtsituation und dem nicht vorhandenen staatlichen Gewaltmonopol zu profitieren. Auch die VertreterInnen der französischen Regierung wiesen auf den starken Zusammenhang der Krise mit dem Drogenschmuggel und anderen kriminellen Machenschaften hin (die Schmuggleroute führt von Lateinamerika über Mali und die Sahelregion nach Europa). Die kriminellen Banden und islamistischen Kräfte (die oftmals nicht voneinander zu trennen sind) hätten sich nach der französischen Intervention zwar zurückgezogen, verschwunden seien sie allerdings nicht. Und ob die mali-sche Armee schon in Kürze fähig ist, die Gebiete im Norden Malis unter staatliche Kontrolle zu bringen, bleibt abzuwarten.

1.3. Aussöhnungsprozess

Der zweite Pfeiler neben den Wahlen der *Feuille de Route* für die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung, der in den politischen Gesprächen eine zentrale Rolle gespielt hat, ist der Versöhnungsprozess. Anfang März setzte die Interimsregierung die Nationale Kommission für Dialog und Versöhnung ein, die sich laut VertreterInnen des Auswärtigen Amts, aus dem Botschafter Malis in Frankreich, dem Vize-Präsidenten, einem Tuareg und einer Vorsitzenden eines Verbunds von Frauenorganisationen zusammensetzt. Die Kommission hat ein Mandat für zwei Jahre.

Die Vertreter Nordmalis im malischen Parlament haben mir allerdings – wenn auch in unterschiedlicher Deutlichkeit – zu verstehen gegeben, dass sie sich durch die Kommission nicht vertreten fühlen und diese nicht akzeptieren. Hauptkritikpunkt sei deren Zusammensetzung, die sie für nicht repräsentativ und als zu vorteilhaft für die MNLA betrachten („Es geht bei der Kommission vor allem darum, das Interesse der MNLA zu bedienen“). Ihrer Ansicht nach darf der Versöhnungsprozess nicht allein von der Regierung geführt werden, denn Vergebung könne man nicht staatlich an-

ordnen. In Abgrenzung zur offiziellen Kommission bilden sie derzeit ein eigenes Forum, das als Alternative wahrgenommen werden soll.

Im Zusammenhang mit dem Versöhnungsprozess wiesen viele Gesprächspartner auf die Tradition des friedlichen Zusammenlebens hin, die in Mali immer vorgeherrscht hätte. Der Präsidentschaftsberater beteuerte, es gäbe kein „Tuareg-Problem“ und dieses gab es auch nie. Weder die Tuareg, noch der Islam (dieser gehöre zum Land, es hätte ihn schon immer gegeben) hätten die Krise verursacht. Vielmehr steckten rein kriminelle Motive dahinter. Erst die derzeitige Krise hätte Spannungen zwischen den Bevölkerungsteilen erzeugt, die es nun auszuräumen gilt.

Deutlich wurde zudem, dass der Umgang mit der Tuareg-Bewegung in Nord-Mali, der sog. MNLA (Nationale Bewegung für die Freiheit Azawads) unklar ist. Die französische Regierung hatte sich der MNLA gegenüber bislang recht offen gezeigt, erhoffte sie sich z.B. Informationen über den Verbleib französischer Geiseln. Diese Hoffnung bestünde aber nicht mehr, hieß es in Paris. Die Vertreter der malischen Übergangsregierung stellten klar, mit der MNLA würde man nur verhandeln, wenn diese drei Bedingungen erfülle: 1) Niederlegung der Waffen; 2) die Anerkennung der Laizität des malischen Staates, 3) die Anerkennung der territorialen Integrität des Landes.

Wie stark auch die historisch verankerte Abneigung gegenüber der MNLA bei anderen malischen Bevölkerungsgruppen ist, erklärte uns der Leiter der UN-Vertretung anschaulich. So hätten sich die Songhai, eine ursprünglich aus der Nigerregion zwischen Timbuktu und Gao stammende Bevölkerungsgruppe, eher durch die islamistische Gruppierung MUJAO (Mouvement pour l'Unité et le Jihad en Afrique de l'Ouest) vertreten gefühlt, als durch die MNLA, obwohl sie unter der MUJAO extremen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren.

Eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang spielt die Stadt Kidal. Könnte durch die französische Intervention ein Großteil Nord-Malis „befreit“ werden, so ist Kidal immer noch fest in den Händen irregulärer Kräfte – nämlich Tuareg der MNLA – die dort mit Tolerierung der Franzosen agieren. In Betracht gezogen werden muss allerdings auch, dass Kidal fast ausschließlich von Tuareg bewohnt wird. Die Sicherheitslage in Kidal sei noch immer fragil und die Gesamtsituation angespannt. Nach einem Massaker an ca. 100 malischen Soldaten im Januar 2012 in Aguelhok (Region Kidal), könne man nicht erwarten, dass die malische Armee einfach dorthin zurückkehrt, so Vertreter der malischen Interimsregierung. Von französischer Seite werden Racheakte der malischen Armee befürchtet, weshalb die derzeitige Autorität der MNLA toleriert würde. Jedoch liege im Umgang mit Kidal der Schlüssel zur Lösung des Problems im Norden Malis.

Der malische Verteidigungsminister zeigte sich entschlossen bis Mai auch Kidal „zurückzuerobern“, schon allein um auch dort die für Juli geplanten Wahlen durchführen zu können. Die Rückkehr der Flüchtlinge nach Kidal sei sowohl politisch als auch moralisch sehr wichtig.

2. Militärische / sicherheitspolitische Unterstützung

Neben der politischen Entwicklung in Mali standen Fragen rund um die sicherheitspolitische und militärische Unterstützung im Mittelpunkt. Die militärische Dimension des Mali-Konfliktes beinhaltet sowohl die französische Operation SERVAL als auch die afrikanisch geführte AFISMA und die Trainingsmission der EU (EUTM Mali).

2.1. Operation SERVAL

Die am 11. Januar begonnene französische Militäroperation SERVAL ist größtenteils abgeschlossen. Das Ziel der Mission, den Vorstoß der islamistischen Kräfte zu stoppen und zurückzudrängen ist erreicht. Im April waren etwa 4.000 französische SoldatInnen im Einsatz. Heiße Kämpfe gibt es vor allem noch vereinzelt im Ifoghas-Gebirge, wo französische und tschadische SoldatInnen gemeinsam gegen die Islamisten vorgehen.

Der Kommandeur der Operation, *General de Saint-Quentin*, sagte, die Aufstandsbekämpfung sei weitestgehend erfolgreich verlaufen. Er selbst und auch die Führung in Frankreich seien geradezu überrascht über den Erfolg gewesen. Bei dem Vormarsch seien rund 700 islamistische Kämpfer getötet worden, andere geflohen oder untergetaucht. Zwar seien malische Truppen bei einigen Operationen dabei gewesen, realistischerweise handelte es sich dabei aber um einen symbolischen Beitrag.

Im Zuge der Rückeroberung des Nordens Malis wurden umfangreiche Lager mit Waffen, Munition und Nachschubgütern ausgehoben. Offenbar waren die bewaffneten Gruppen im Norden sehr gut organisiert und hatten sich auf einen sehr langen Kampf und eine tatsächliche Besatzung des ganzen Landes eingestellt. Dabei wären sie aber eher wie eine reguläre Armee vorgegangen, was ihre Bekämpfung u.a. aus der Luft erleichtert habe.

Frankreich scheint fest entschlossen, wie geplant am raschen Rückzug festzuhalten. Bis Mitte des Jahres soll die Truppenstärke halbiert werden und Ende 2013 insgesamt nicht mehr als 1.000 französische SoldatInnen in Mali stationiert sein. Diese Kräfte sollen als Notfallkontingent für gezielte Aufstandsbekämpfung vorgehalten werden und UN-mandatiert die geplante Blauhelmission unterstützen, falls nötig. Im französischen Verteidigungsministerium ebenso wie bei den Militärs vor Ort wurde immer wieder betont, dass es nun im politischen Prozess Fortschritte geben müsse, damit das militärisch erreichte nicht verspielt werde. Wie bereits angesprochen, bereitet insbesondere die Lage in Kidal den französischen Militärs große Sorgen. Abgesehen von Kidal seien aber militärisch die Voraussetzungen geschaffen, dass die Verwaltung und die Flüchtlinge in den Norden zurückkehren könnten. Die Sicherung der Städte werde – mit sehr unterschiedlicher Qualität – im Rahmen von AFISMA vorgenommen.

2.2. AFISMA wird eine Blauhelmission (MINUSMA)

Die durch UN-Resolution 2085 legitimierte Stabilisierungsmission AFISMA besteht zum großen Teil aus Truppen der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, sowie aus Soldaten weiterer afrikanischer Staaten. Zwar waren zum Zeitpunkt meines Besuchs schon große Teile der Truppen im Mali angekommen, ihre Kapazitäten wurden aber von den meisten GesprächspartnerInnen als sehr limitiert beschrieben. Demnach mangelt es insbesondere an Kommunikationsmitteln und logistischen Fähigkeiten. Weder seien Funkgeräte im Einsatz noch gäbe es ausreichend motorisierte Fahrzeuge, um die Truppen zu bewegen. Der deutsche Beitrag zur Unterstützung in Form von Truppentransporten mit Transall-Flugzeugen sei einerseits erheblich, da sie einem Großteil der SoldatInnen ermöglicht aus ihren Herkunftsländern nach Bamako zu gelangen. Andererseits sei der Beitrag unzureichend, da sich die SoldatInnen von Bamako aus buchstäblich zu Fuß auf den Weg in den Norden machen müssten. Insofern wird sich die Frage stellen, ob sich der deutsche Unterstützungsbeitrag nicht verstärkt auf Flüge innerhalb Malis konzentrieren sollte.

In Kürze soll die Mission in einen direkten UN-Blauhelmeinsatz umgewandelt werden. Dafür hat der UN-Sicherheitsrat inzwischen am 25. April die Voraussetzung geschaffen. Die neue Mission MINUSMA soll 12.600 SoldatInnen umfassen und ab dem 1. Juli stationiert werden. Da es sich größtenteils um dieselben Kräfte wie AFISMA handeln wird, erfolgt lediglich ein „Rehating“. Das habe vor allem zur Folge, dass die UN und nicht die Truppensteller die finanziellen Lasten tragen. Allerdings, so befürchten GesprächspartnerInnen, würden die Probleme bei Logistik und Kommunikation bestehen bleiben. Von Seiten der UN wurde betont, dass man plane, sehr rasch zivile Büros der UNOM in Timbuktu, Gao und Kidal zu eröffnen, um sicherzustellen, dass mit dem Blauhelmeinsatz das zivile Gesicht und Gewicht der UN bestehen bleibt.

2.3. Die Ausbildungsmission EUTM

In allen Gesprächen – sowohl mit französischen, deutschen und malischen VertreterInnen und insbesondere beim Besuch des EU-Headquarters und des Ausbildungsstandorts Koulikoro – wurde deutlich, in welchem schlechten Zustand sich die malische Armee befindet. Sie existiert praktisch nicht. Es fehlt an Strukturen, Befehlsketten, klaren Aufgabenverteilungen und an einem gemeinsamen *esprit de corps*. Entsprechend wurde die Trainingsmission der EU als unbedingt notwendig erachtet.

Die Aufteilung der Ausbildungsbereiche zwischen den 13 beteiligten EU-Ländern ist erfolgt, die Ausbildung hat begonnen. Ein großes Hindernis sind die mangelnden Französischkenntnisse vieler europäischer Ausbilder – sehr zum Bedauern des Kommandeurs der Mission *General Lecointre*. Auch wenn auf Seiten der malischen Armee nur 30 % der auszubildenden SoldatInnen Französisch sprechen, ist das trotzdem die größte Sprachschnittmenge, denn die verschiedenen Bevölkerungsgruppen haben jeweils ihre eigene Sprache. Die beteiligten EU-Länder haben sich darauf

verständigt, dass jedes Land die Ausbildung einer speziellen Fähigkeit allein übernimmt. Nur bei der Infanterieausbildung gibt es gemischte Teams.

Für die Bundeswehr hat sich eine Gruppe motivierter und engagierter Soldatinnen und Soldaten für den Mali-Einsatz gefunden. Viele sprechen bereits gutes Französisch. Besondere Lokalkompetenz gibt es bei den Mitgliedern der Beratergruppe der Bundeswehr, die bereits seit vielen Jahren in Mali arbeitet. Aufgrund der besonderen Anforderungen für den Einsatz ist es schwierig, Leute zu finden, die diese Voraussetzungen erfüllen. Ihr Chef – *Oberst Janz* – ist daher bereits seit acht Jahren vor Ort.

Innerhalb der EUTM befindet sich das Lazarett unter deutscher Führung (39 Deutsche und 10 ÖsterreicherInnen). Es ist als Zeltstadt aufgebaut und vollständig einsatzfähig. Es soll die Versorgung der 450 europäischen Soldatinnen und Soldaten gewährleisten.

In unseren Gesprächen drängten wir darauf, dass die medizinischen Kapazitäten des Lazaretts bei Unterbelastung nicht ungenutzt bereit stehen sollten, sondern in Absprache mit dem malischen Gesundheitswesen auch für die Betreuung der Bevölkerung genutzt werden kann. Dieses würde nicht nur die Akzeptanz des Einsatzes erhöhen, sondern auch der Einsatzbereitschaft des eingesetzten ärztlichen pflegerischen Personals dienen.

Unter den insgesamt 196 EU-Trainern befinden sich derzeit 17 Deutsche. Auf dem Stundenplan der Mission befinden sich auch Unterrichtseinheiten zu Völkerrecht, Menschenrechten und erste Hilfe.

Insgesamt hatte ich einen sehr guten Eindruck, doch sicher scheint bereits jetzt: 15 Monate werden nicht ausreichen, um die malische Armee von Null aufzubauen.

3. Programm

Paris, 17. April 2013

- ☞ Frühstücksbriefing durch die Botschafterin *Susanne Wasum-Rainer*
- ☞ Gespräch mit *Jean-Claude Mallet* (Conseiller spécial von Verteidigungsminister Le Drian), Frau *Maris* (Beraterin für EU-Fragen des Verteidigungsministers) und Herrn *Roche* (diplomatischer Berater des Verteidigungsministers)
- ☞ Gespräch mit *Général Maire* und zwei Fachleuten aus den Bereichen "Einsatz- und Operationsführung" und "EU"
- ☞ Gespräch mit Entwicklungsminister, *Pascal Canfin*

Mali, 17. April 2013

- ↳ Briefing durch Botschafter *Overfeld*

Mali, 18. April 2013:

- ↳ Gespräch mit dem Generalsekretär des Präsidenten, Herrn *Ousmane Sy*
- ↳ Lagebriefing im Headquarter der EUTM (European Union Training Mission Mali) durch Mission *Commander Lecointre*
- ↳ Gespräch zur Arbeit der Bundeswehr-Beratergruppe durch *OTL Janz* und *StFw Jacob*
- ↳ Rundgang durch das EUTM Ausbildungslager und Gespräch mit Soldatinnen und Soldaten vor Ort
- ↳ Besichtigung eines EZ-Projekt in der Gemeinde Sangarébougou (Nahe Bamako) mit Bürgermeister *Mamadou Coulibaly*, begleitet u.a. von Herrn *Kohlmus* (Welthungerhilfe)
- ↳ Gespräch mit einer Familie, die Flüchtlinge aus dem Norden aufgenommen hat
- ↳ EU-Empfang auf Einladung des dänischen Botschafters und Gespräch mit dem EU Sonderbeauftragten für die Sahelzone, *Michel Dominique Reveyrand de Menthon* (Weitere Botschafter: EU-MS, USA, CAN und Hr. *Kochanke*, Regionalbeauftragter für Subsahara-Afrika und Sahel)

Mali, 19. April 2013:

- ↳ Gespräch mit dem malischen Verteidigungsminister Herrn *Camara*
- ↳ Gespräch mit dem Leiter des UN-Büros Mali (UNOM), *David Gressley*
- ↳ Treffen mit Präsidentschaftskandidat ADEMA, *Dramane Dembélé*
- ↳ Gespräch mit Parlamentariern aus Nord-Mali: dem Präsidenten des *Collectif des Elus du Nord*, dem Präsidenten der Nationalversammlung und dem Vorsitzenden der deutsch-malischen Freundschaftsgruppe der Nationalversammlung
- ↳ Abendessen mit ausgewählten Persönlichkeiten: Hr. *Kochanke* (Regionalbeauftragter für Subsahara-Afrika und Sahel), Fr. *Friederike von Stieglitz* (GIZ), Dr. *Joseph Mbuyi* (Leiter Regionalbüro KfW), M. *Paul Martin* (Sector Leader Sustainable Development, Weltbank), Herrn *Kohlmus* (Welthungerhilfe), M. *Anton Op de Beke* (Leiter IWF), Lt.-Col. *Saidou Kamissogo* (Ecole de Maintien de la Paix)

(EMP)), *M. Aboudou Touré Cheaka* (Sondergesandter ECOWAS),
Zeini Moulaye (Mitglied der Versöhnungskommission) Herrn *Kreibich* (WZ-Referent)

Begleitet wurde unsere Reise durch die Vorstandsreferentin für Europapolitik *Maja Ifland* und den Referenten für Außenpolitik *Cornelius Huppertz*.